

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)
– Drucksache 17/11166 –

Durchsuchungen wegen des Verdachts des Verkaufs von Scheinrechnungen und wegen Schwarzarbeit

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11166** – vom 28. Januar 2020 hat folgenden Wortlaut:

Rund 750 Einsatzkräfte von Polizei, Steuerfahndung und Zoll sowie mehrere Staatsanwälte durchsuchten am 18. Dezember 2019 in einem Verfahrenskomplex der Staatsanwaltschaft – Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen – Kaiserslautern über 80 Geschäfts- und Privaträume mit Schwerpunkt im Raum Ludwigshafen/Mannheim sowie im Großraum Frankfurt/Main.

Im Fokus einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz, des Hauptzollamts Karlsruhe (Finanzkontrolle Schwarzarbeit Ludwigshafen) sowie der Steuerfahndungs- und Strafsachenstelle des Finanzamts Neustadt an der Weinstraße standen Ersteller sogenannter Scheinrechnungen und deren Abnehmer, dies insbesondere in der Baubranche. Den Maßnahmen gingen umfangreiche monatelange Ermittlungen gegen die überregional agierenden Täter voraus. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Dienstposten sind bei der Zollverwaltung in Rheinland-Pfalz unbesetzt?
2. Wie viele Dienstposten sind bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) in Rheinland-Pfalz unbesetzt?
3. Wie gliedern sich die Beschuldigten nach Staatsangehörigkeiten auf?
4. An welchen Orten fanden in Rheinland-Pfalz am 18. Dezember 2019 in diesem Zusammenhang Durchsuchungen statt?
5. Wird der Großeinsatz des Zolls vom 18. Dezember 2019 zur Bekämpfung der Schwarzarbeit der Organisierten Kriminalität zugeordnet?
6. Wurden mittlerweile alle Scheinfirmen von den Gewerbeämtern von Amts wegen abgemeldet?
7. Wie hoch sind die vermögensabschöpfenden Maßnahmen?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Februar 2020 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1, 2 und 5:

Das zuständige Hauptzollamt in Koblenz teilte auf Anfrage des Ministeriums des Innern und für Sport mit, dass zu den Fragestellungen keine Auskunft erteilt werden kann, da die Aufgabenerledigung des Zolls ausschließlich dem Kontroll- und Fragerecht des Deutschen Bundestages unterliegt.

Zu Frage 3:

Die Verteilung der Staatsangehörigkeiten der im Rahmen des Ermittlungsverfahrens geführten Beschuldigten ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

| Staatsangehörigkeit | Anzahl |
|---------------------|--------|
| Deutsch | 21 |
| Türkisch | 15 |
| Serbisch | 4 |
| Kroatisch | 3 |
| Bosnisch | 2 |
| Rumänisch | 2 |
| Italienisch | 2 |

| Staatsangehörigkeit | Anzahl |
|---------------------|--------|
| Slowenisch | 1 |
| Syrisch | 1 |
| Ukrainisch | 1 |
| Kanadisch | 1 |
| Griechisch | 1 |

Zu Frage 4:

Im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren fanden am 18. Dezember 2019 Durchsuchungsmaßnahmen in Ludwigshafen am Rhein, Frankenthal/Pfalz, Speyer, Worms, Germersheim, Landau in der Pfalz, Neustadt an der Weinstraße, Wörth, Maxdorf, Haßloch, Wachenheim, Lambrecht und Leimersheim statt.

Zu Frage 6:

Als „Scheinfirmen“ erkannte Gesellschaften und Einzelunternehmen wurden bereits teilweise durch die örtlich zuständigen Gewerbeämter von Amts wegen abgemeldet. In Abhängigkeit vom Ergebnis der andauernden Ermittlungen werden ggf. noch weitere gewerberechtliche Maßnahmen getroffen.

Zu Frage 7:

Im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahmen am 18. Dezember 2019 erwirkte die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern Arrestbeschlüsse des Amtsgerichts Kaiserslautern in Höhe von insgesamt 512 850 Euro. Weitere vermögensabschöpfende Maßnahmen werden in Abhängigkeit vom Fortgang der weiteren Ermittlungen veranlasst.

In Vertretung:
Nicole Steingaß
Staatssekretärin